

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
rk.caj@parl.admin.ch

An die Kantonsregierungen

9. September 2013

10.417 Parlamentarische Initiative. Militärstrafprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten

Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen Regierungsrätinnen
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Im Rahmen der oben erwähnten von Nationalrat Christian Lüscher eingereichten parlamentarischen Initiative hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Vorentwurf ausgearbeitet.

Im Militärstrafprozessrecht verfügt die geschädigte Person heute über weniger Mitwirkungsrechte als im Strafprozessrecht nach der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung. Insbesondere der nach dem Unfall an der Jungfrau im Jahr 2007 geführte Militärstrafprozess hat aufgezeigt, dass das geltende Recht in Bezug auf die Parteirechte der geschädigten Person den Ansprüchen an ein modernes Strafprozessrecht nicht vollständig zu genügen vermag. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass entsprechender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Sie schlägt vor, die Parteirechte der geschädigten Person im Militärstrafprozess jenen der eidgenössischen Strafprozessordnung anzupassen.

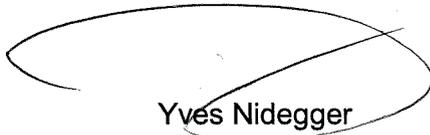
Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme **bis zum 13. Dezember 2013** in schriftlicher (Oberauditorat, Maulbeerstrasse 9, 3003 Bern) oder elektronischer Form (rd@oa.admin.ch) einzureichen.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die Sekretärin der Kommissionen für Rechtsfragen, Frau Christine Lenzen (031 322 97 10; christine.lenzen@parl.admin.ch), sowie der in dieser Angelegenheit zuständige Mitarbeiter beim Oberauditorat, H.P. Gasser, wissenschaftlicher Berater (031 324 35 43; hans-peter.gasser@oa.admin.ch), gerne zur Verfügung. Die Dokumentation kann auf der Website der Kommission (www.parlament.ch) und auf der



Website der allgemeinen Bundesverwaltung zu den laufenden Vernehmlassungsverfahren (<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#PK>) abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Yves Nidegger
Der Kommissionspräsident

Beilagen:

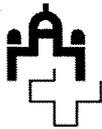
- Erläuternder Bericht und Vorentwurf vom 15. August 2013
- Liste der Vernehmlassungsadressatinnen und -adressaten

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
rk.caj@parl.admin.ch

An die Parteien und
Organisationen

9. September 2013

10.417 Parlamentarische Initiative. Militärstrafprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten

Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der oben erwähnten von Nationalrat Christian Lüscher eingereichten parlamentarischen Initiative hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Vorentwurf ausgearbeitet.

Im Militärstrafprozessrecht verfügt die geschädigte Person heute über weniger Mitwirkungsrechte als im Strafprozessrecht nach der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung. Insbesondere der nach dem Unfall an der Jungfrau im Jahr 2007 geführte Militärstrafprozess hat aufgezeigt, dass das geltende Recht in Bezug auf die Parteirechte der geschädigten Person den Ansprüchen an ein modernes Strafprozessrecht nicht vollständig zu genügen vermag. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass entsprechender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Sie schlägt vor, die Parteirechte der geschädigten Person im Militärstrafprozess jenen der eidgenössischen Strafprozessordnung anzupassen.

Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme **bis zum 13. Dezember 2013** in schriftlicher (Oberauditorat, Maulbeerstrasse 9, 3003 Bern) oder elektronischer Form (rd@oa.admin.ch) einzureichen.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die Sekretärin der Kommissionen für Rechtsfragen, Frau Christine Lenzen (031 322 97 10; christine.lenzen@parl.admin.ch), sowie der in dieser Angelegenheit zuständige Mitarbeiter beim Oberauditorat, H.P. Gasser, wissenschaftlicher Berater (031 324 35 43; hans-peter.gasser@oa.admin.ch), gerne zur Verfügung. Die Dokumentation kann auf der Website der Kommission (www.parlament.ch) und auf der



Website der allgemeinen Bundesverwaltung zu den laufenden Vernehmlassungsverfahren (<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#PK>) abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Yves Nidegger
Der Kommissionspräsident

Beilagen:

- Erläuternder Bericht und Vorentwurf vom 15. August 2013
- Liste der Vernehmlassungsadressatinnen und -adressaten

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
rk.caj@parl.admin.ch

An das Militärkassationsgericht, die
Militärappellationsgerichte und die
Militärgerichte

9. September 2013

10.417 Parlamentarische Initiative. Militärstraftprozess. Ausdehnung der Rechte der Geschädigten

Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren Richterinnen und Richter

Im Rahmen der oben erwähnten von Nationalrat Christian Lüscher eingereichten parlamentarischen Initiative hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Vorentwurf ausgearbeitet.

Im Militärstraftprozessrecht verfügt die geschädigte Person heute über weniger Mitwirkungsrechte als im Straftprozessrecht nach der neuen eidgenössischen Straftprozessordnung. Insbesondere der nach dem Unfall an der Jungfrau im Jahr 2007 geführte Militärstraftprozess hat aufgezeigt, dass das geltende Recht in Bezug auf die Parteirechte der geschädigten Person den Ansprüchen an ein modernes Straftprozessrecht nicht vollständig zu genügen vermag. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass entsprechender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Sie schlägt vor, die Parteirechte der geschädigten Person im Militärstraftprozess jenen der eidgenössischen Straftprozessordnung anzupassen.

Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahme **bis zum 13. Dezember 2013** in schriftlicher (Oberauditorat, Maulbeerstrasse 9, 3003 Bern) oder elektronischer Form (rd@oa.admin.ch) einzureichen.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die Sekretärin der Kommissionen für Rechtsfragen, Frau Christine Lenzen (031 322 97 10; christine.lenzen@parl.admin.ch), sowie der in dieser Angelegenheit zuständige Mitarbeiter beim Oberauditorat, H.P. Gasser, wissenschaftlicher Berater (031 324 35 43; hans-peter.gasser@oa.admin.ch), gerne zur Verfügung. Die Dokumentation kann auf der Website der Kommission (www.parlament.ch) und auf der



Website der allgemeinen Bundesverwaltung zu den laufenden Vernehmlassungsverfahren (<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#PK>) abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Yves Nidegger
Der Kommissionspräsident

Beilagen:

- Erläuternder Bericht und Vorentwurf vom 15. August 2013
- Liste der Vernehmlassungsadressatinnen und -adressaten